

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 63 (1976)
Heft: 11

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

reits mit neuen Lehrkräften besetzt, wobei in den meisten Fällen Bewerber aus dem Kanton Uri angestellt wurden. Nach Abklärungen der kantonalen Berufsberatung besteht unter den Schülern der dritten Sekundarklasse ein relativ grosses Interesse an einem 10. Schuljahr. Das Interesse ist sicher gewachsen, weil es heute nicht mehr leicht ist, genügend Lehrstellen zu finden. Der Erziehungsrat erteilte Aufträge zur raschen Abklärung aller hängigen Fragen. Unter Umständen sollte es möglich werden, dass bereits vom kommenden Herbst an ein spezielles freiwilliges 10. Schuljahr angeboten werden kann.

SZ: Neuer Oberstufeninspektor gewählt

Auf Ablauf der Amtsperiode 1972–76 hat Sekundarschulinspektor Alois Steinegger, Schwyz, seinen Rücktritt eingegeben. Er hatte von 1952 bis 1968 das Inspektorat des Kreises Schwyz-Gersau inne und betreute seither alle Sekundarschulen im Kanton Schwyz. Der Erziehungsrat hat dem Regierungsrat als Wahlbehörde Sekundarlehrer Paul Tomaschett zur Wahl als Oberstufeninspektor vorgeschlagen. Er ist inzwischen gewählt worden. Herr Tomaschett ist Inhaber des bündnerischen Primarlehrerdiploms und des Sekundarlehrerdiploms der Universität Fribourg. Als Sekundarlehrer war er 8 Jahre in Wollerau tätig und seit 1970 in Schwyz.

Ihm wird die Aufsicht und Beratung der Sekundar-, Real- und Werkschulen, also der Oberstufe, im ganzen Kanton übertragen. Dazu hat er sich mit dem Problem der Oberstufenreform zu befassen und sich für Spezialaufträge des Erziehungsrates und des zuständigen Departementes zur Verfügung zu halten.

Umschau

Erzieher als Partner

Wenn Kinder vorübergehend oder für längere Zeit durch abnormales Verhalten auffallen, stehen ihnen und ihren Eltern verschiedene Hilfen und Spezialdienste zur Verfügung: Schulpsychologen, Erziehungsberater, Heilpädagogen usw. Doch wird diesen Diensten manchmal auch vorgeworfen, sie seien nicht nur zum Wohl des Kindes tätig. Manchmal würden allzu rasch einzelne Kinder aus dem Schul- und Klassenverband herausgerissen, Sonderklassen zugewiesen und damit isoliert, womit der «Teufel mit Beelzebub ausgetrieben» werde. Bestehen diese und ähnliche Vorwürfe zu recht? Könnten die verschie-

AG: Freie Schulwahl

Das aargauische Erziehungsdepartement hat in einem grundsätzlichen Beschwerdeentscheid festgehalten, dass es den Eltern freisteht, in welche Bezirksschule sie ihre Kinder schicken wollen, sofern in der Gemeinde selber keine entsprechende Schulungsmöglichkeit besteht. Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, die sich daraus ergebenden Schulgelder voll zu übernehmen und dürfen diese nicht auf die Eltern abwälzen.

AG: Positiv zum Hochschulförderungsgesetz

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stellt sich grundsätzlich positiv zur vorgeschlagenen Neufassung des Hochschulförderungsgesetzes. Dagegen hält er die Abtrennung des Forschungsvom Hochschulförderungsgesetz für «nicht ganz unproblematisch», heisst es in der Vernehmlassung des Aargauer Regierungsrates zu den beiden Gesetzesentwürfen.

GR: 3000 Mittelschüler in Bünden

In den Mittelschulen des Kantons Graubünden waren auf Anfang Schuljahr 1975/76 3079 Schüler registriert gegenüber 3100 im Vorjahr. Von den 1516 (1480) Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule Chur entfallen 628 (620) auf das Gymnasium, 208 (203) auf die Oberrealschule, 145 (136) auf die Handelsschule und 535 (521) auf das Seminar. Von den privaten Mittelschulen wies die Evangelische Mittelschule Schiers 365 Schüler auf, die Evangelische Mittelschule Samaden 200, das Hochalpine Töchterinstitut Ftan 104, die Klosterschule Disentis 229, Das Lyceum Alpinum Zuoz 331 und die Schweizerische Alpine Mittelschule Davos 334.

denen Instanzen zum Wohl des Kindes noch besser zusammenarbeiten?

Mit diesen und verwandten Problemen befasste sich eine von der Paulus-Akademie Zürich unter der Leitung von Dr. Theodor Bucher stehende Tagung vom 23./24. April 1976. In einem grundlegenden Referat skizzierte Dr. Fritz Müller, Seminardirektor, Thun, den

doppelten Bildungsauftrag der Schule.

Als gesellschaftliche Institution soll sie einerseits den Fortbestand und die Entwicklung, den Wohlstand und die Wohlfahrt, die Freiheit und das ordentliche Funktionieren der Gesellschaft ermöglichen. Die Volksschule – wie auch die Mittel- und Hochschule – sollen also dazu dienen, die Gegenwart und die nähere Zukunft unseres Volkes zu bewältigen. In einer hochentwickelten und differenzierten Industriekultur können aber

Gegenwart und Zukunft nur bewältigt werden, wenn schon in der Volksschule relativ hohe Anforderungen gestellt werden. Folge davon sind Intellektualisierung und Stoffüberladung, die von manchen Psychologen und Pädagogen beklagt werden, weil sie den jungen Menschen einseitig entfalten oder gar hemmen.

Anderseits soll die Schule jedes einzelne Kind mit seinen Anlagen und frühkindlichen Prägungen fördern und ihm helfen, sich persönlich zu entfalten.

Bei vielen Kindern kann dieser Doppelauftrag verhältnismässig glücklich erfüllt werden. Bei andern konkurriert eine Aufgabe die andere: Der gesellschaftliche Auftrag hat einen Leistungs- und Konformitätsdruck zur Folge, so dass das Kind motorisch und psychisch eingeengt wird und sich geradezu nicht oder nur teilweise entfalten kann.

Drei weitere Referenten, Dr. Andreas Heyer, Leiter des Schulpsychologischen Dienstes des Bezirks Meilen, Dr. Walter Th. Haesler, Erziehungsberater, Zürich, und Georg Herms, Abteilungssekretär des Schulamtes Zürich, umrissen die

Möglichkeiten und Grenzen der Erziehungsberatung.

Schulpsychologischer Dienst und Erziehungsberatung – über die Begriffsbestimmung herrscht in der Schweiz die im Schulwesen übliche Unklarheit – finden eine Volksschule vor, welche alle Kinder pflichtmässig besuchen müssen. (Nur für wenige ist ein Ausweichen in eine Privatschule oder in den Privatunterricht möglich). Lehrer, Lehrstoff, Bücher, Kameraden, Schulhaus, Schulweg usw. sind dem Kind gegeben. Anderseits sind ihm aber auch die Eltern, Erbanlage, frühkindliche Entfaltung oder Hemmung, Prägung durch das vorschulische Milieu gegeben.

Wie soll nun das Kind gefördert werden, das auf Grund seiner Gegebenheiten Schwierigkeiten hat oder andern Schwierigkeiten bereitet? Behörden, Schulpsychologen und Erziehungsberater verfügen über eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die teilweise vom Kanton und/oder der Gemeinde, teilweise von privater Seite zur Verfügung gestellt werden:

Beratungsdienste: schulärztlicher Dienst, schulpsychiatrischer Dienst, schulpsychologische und heilpädagogische Beratung, Berufsberatung, Jugendhilfe, Fürsorge und Sozialberatung, Amtsvormundschaft.

Behandlungsdienste: Sprachheilunterricht, Legasthenie-Therapie, Blindenschule, Hörschulung, Rhythmisierung, Haltungsturnen, psychomotorische Therapie, Psychotherapie, Spieltherapie usw., und das alles in Einzel- oder in Gruppentherapie.

In allen Beiträgen und vor allem auch in den ausgedehnten und intensiven Gruppenarbeiten

und in der Plenumsdiskussion klang die Sorge durch, dass dem Kind wirklich geholfen werde, m. a. W., dass alle diese Institutionen und Massnahmen zusammen mit den Eltern kooperieren zum Wohl des Kindes als werdende Persönlichkeit innerhalb einer Gemeinschaft. Mehrfach wurde vor einer weiteren Spezialisierung, die bisher zwar notwendig gewesen war, gewarnt. Das Pendel sollte sich – zum Wohl des Kindes, welches ja in eine Umwelt, in eine Kultur, in eine Gesellschaft integriert bleiben, resp. werden sollte – in Zukunft eher wieder zurückbewegen in Richtung einer vermehrten Integration des Kindes in die normale Schule und in das normale Leben eines jeden Kindes.

Im einzelnen ergaben sich aus den Diskussionen folgende *Anregungen und Forderungen:*

Allgemeine Grundlagen

- Erstes Anliegen ist das Wohl des Kindes als werdende Persönlichkeit innerhalb der Gemeinschaft.
- Kontaktbereitschaft und -fähigkeit sollen vermehrt gepflegt werden, auch die Kooperationsfähigkeit sämtlicher Instanzen und Fachleute ohne Rücksicht auf berufliche Stellung und Sozialprestige.
- Notwendig ist ein zielgerichtetes und konsequent durchgestaltetes Engagement, unabhängig von Modeströmungen und blosse punktuelen Massnahmen, einschliesslich der Bereitstellung der dazu notwendigen finanziellen Mittel.

Anregungen für die Lehrerbildung und Wünsche an die Lehrerschaft

- Die Grundbildung und die berufsbegleitende Fortbildung der Lehrer sollen im psychologischen, pädagogischen und sozialen Bereich intensiviert werden, z. B. bezüglich Gesprächsführung, Elternkontakte, Gestaltung von Elternabenden usw.
- Die vorhandenen Beratungs- und Behandlungsstellen und Einrichtungen sollen vermehrt und bereits während der Seminarausbildung bekannt gemacht werden, frühzeitige Kontakte sollen gepflegt werden.
- Gegenseitige Schulbesuche der Lehrer untereinander, gemeinsame Fachgespräche und Fallbesprechungen sollen vermehrt stattfinden.
- Lehrern mit schwierigen Schülern soll Gelegenheit zur Lehrerberatung (Supervision) gegeben werden.
- Der Ausbau von Beratungsstellen und die Verbesserung des Therapieangebots sollen noch mehr als bisher Anliegen der Lehrerschaft sein.
- Die Tragfähigkeit der normalen Klasse soll durch interne Differenzierung des Unterrichts erhöht werden. Die Aussonderung von auffälligen und schwierigen Kindern soll nicht zu

rasch und zu wenig überlegt vorgenommen werden.

Anregungen und Wünsche an die Schulbehörden

- Die lokalen Schulbehörden sollen sich aus allen sozialen Schichten der Bevölkerung rekrutieren.
- Bei übersetzten Klassen soll der Klassenbestand reduziert werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden, Beratungsinstitutionen und Jugendfürsorge soll intensiviert werden.
- Die Beweglichkeit bei allfälligen Schülerumteilungen in Parallelklassen muss grösser werden.
- Und schliesslich: Auch die Schulbehörden bedürfen einer systematischen Aus- und Fortbildung.

Ohne Zweifel sind in der föderalistischen Vielfalt des schweizerischen Schulwesens manche dieser Postulate verschiedenenorts bereits erfüllt. Das sei anerkannt und verdankt. Andere stossen auf schmerzliche Grenzen personeller, organisatorischer oder finanzieller Art. Während der Hochkonjunktur wurden verschiedene Bildungs- und Schulreformen nicht oder nur teilweise durchgeführt, weil es tatsächlich (oder auch angeblich?) an Lehrern und Fachleuten mangelte. Die Rezession hat diesen Übelstand beseitigt. Nun darf aber die Finanzklemme nicht zu rasch als Alibi zitiert werden, notwendige Verbesserungen und Reformen einfrieren zu lassen.

Theodor Bucher, Zürich
Otto Maier, Schaffhausen

Zur Studienreform in Frankreich

Die klassischen Studiengänge bereiten nur unvollkommen auf jene beruflichen Karrieren vor, die die Wirtschaft den Hochschulabsolventen zu bieten hat. Von den 820 000 Studenten, die heute die 75 französischen Universitäten bevölkern, werden drei Viertel oder vier Fünftel das Studium ohne ordentlichen Abschluss abbrechen. An den Toren der Universitäten Schleusen einzubauen, widerstrebt auch der neuen Staatssekretärin. Sie weiss, dass ein erster Versuch, zu einem differenzierten «Bac» zu kommen und zu unterscheiden zwischen der Bescheinigung über erfolgreichen Schulbesuch und einer an den Leistungen orientierten fächergebundenen Eintrittskarte für die Universität, gescheitert ist: die Selektion durch die schmerzliche Erfahrung des Scheiterns wird von den Studentenverbänden offenbar eher akzeptiert als jeder Ansatz zum regulierenden numerus clausus.

So muss die Anstrengung denen gelten, die zwar die Hürden der periodischen Examens bewältigen, aber am Ende des Studiums dennoch den deprimierenden, weil wenig aussichtsreichen Gang zum Arbeitsamt antreten müssen. Neue be-

rufsorientierte Studiengänge sollen ihnen den Einstieg ins praktische Leben erleichtern. Vom Herbst 1977 an soll das Studium, das bislang allzusehr an den Ansprüchen des übersättigten Lehrberufs orientiert war, stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Die Universitäten sind aufgefordert, jenseits der ausgetretenen Pfade der traditionellen Fächertrennung neue Wege praxisbezogener Studiengänge aufzuspüren, damit die Abschlussdiplome Licence (nach drei Jahren) und Maîtrise (nach vier Jahren) mit den Schlusszeugnissen der sogenannten «grossen Schulen» konkurrieren können. Das ist jedenfalls Alice Saunier-Seitès erklärtes und mit Hartnäckigkeit verteidigtes Ziel.

Ein europäischer Schulpass

Gemäss einem Beschluss des Europarats wird nunmehr jedes Kind, das eine Schule im Ausland besucht, ein in allen 18 Mitgliedstaaten anerkanntes einheitliches Schul- und Gesundheitsbüchlein erhalten. Dieses Dokument soll die Aufnahme der ausländischen Kinder in die Pflichtschulen des Gastlandes sowie ihren Wiedereintritt in die Heimatschulen erleichtern. Der Schulpass gibt den Lehrern Auskunft über die bisherige Schulausbildung des Kindes, über die in den einzelnen Fächern erzielten Ergebnisse, über seine Fähigkeiten und Kenntnisse sowie über seine Familiensituation. Ein Teil des Dokuments ist für Eintragen über den Gesundheitszustand (Impfungen, Kinderkrankheiten usw.) vorbehalten. Das Büchlein wird in acht europäischen Sprachen angefertigt.

DDR für Rechtschreibreform?

Während vielen Jahren erreichten uns nur wenige Nachrichten über die Haltung der DDR zur Frage einer Rechtschreibreform. Nun aber erschien in der DDR ein Dokument, das zumindest inoffiziell Reformbereitschaft erkennen lässt: Ein Buch unter dem Titel «Untersuchungen zu einer Reform der deutschen Orthographie». Verfasser ist Professor Dieter Nerius von der Universität Rostock, der 1973 als Beobachter an einem Kongress in Wien teilgenommen hat.

Das Werk stellt eine äusserst gründliche Untersuchung über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Rechtschreibreform dar. Nach einigen Gedanken zu den linguistischen Grundlagen und einer kurzen Darstellung der Entwicklung unserer Orthographie nimmt Nerius verschiedene Lösungsmöglichkeiten unter die Lupe. Dabei kommt der Autor zum Schluss, dass die Substantivkleinschreibung in der Form, wie sie gegenwärtig bei uns zur Diskussion steht, die der deutschen Sprache angemessenste Lösung darstellt. Damit liegt

nun in allen vier deutschsprachigen Ländern der gleiche Vorschlag für eine Rechtschreibreform vor.

Leserbriefe

Nachlese zur Basler Didacta – Eine Antwort

In der «schweizer schule» vom 1. Mai 1976 sorgt sich Basilisk um die Interkantonale Lehrmittelzentrale. Da der Lehrmittelverlag des Kantons Zürich an der Didacta einen eigenen Stand hatte, fragt er, ob man sich im Kanton Zürich «Koordination nur als Spezialität à la Zurichoise» vorstelle. Und er befürchtet offenbar, die Lehrmittelzentrale, «deren Direktor, ein Zürcher, in den Räumen der Zürcher Erziehungsdirektion waltet», werde von dort her einseitig dominiert. Nun, Basilisk kann beruhigt werden: Die Interkantonale Lehrmittelzentrale hat in Zürich weder eine Direktion noch einen Direktor, sondern eine Geschäftsstelle mit einem Leiter. Dieser ist zwar ein Zürcher; die Geschäftsstelle ist aber personal, räumlich, organisatorisch und vor allem auch rechtlich vollständig unabhängig von der Zürcher Erziehungsdirektion. Sie ist zudem eine Stabsstelle und kein Entscheidungsorgan. Die entscheidenden Instanzen der Lehrmittelzentrale sind vielmehr die Delegiertenversammlung, in der jeder der zehn Mitgliedkantone zwei Sitze hat, sowie der Leitende Ausschuss. Dieser zählt sieben Vollmitglieder, die aus ebenso vielen Kantonen stammen, und die restlichen drei Mitgliedkantone sind mit beratender Stimme ebenfalls vertreten. Eine solche Organisation schliesst gerade aus, dass die Lehrmittelzentrale einseitig dominiert werden kann.

Schliesslich wundert sich Basilisk, warum die Lehrmittelzentrale an der Didacta nicht mit eigenen Publikationen vertreten war, und fragt: «Will da nichts heranreifen?» Er kann auch hier beruhigt werden: Die Lehrmittelzentrale befasst sich mit einer ganzen Reihe von Projekten. Dass für deren Realisierung mehrere Jahre benötigt werden, liegt in der Natur solcher Aufgaben. Die Lehrmittelzentrale ist auch nicht um der schnellen Erfolge willen gegründet worden, sondern um den Schulen einen Dienst auf lange Sicht zu leisten.

J. Siegfried
Zentralstelle für die Lehrmittelkoordination
Minervastrasse 117, 8032 Zürich

Aus Kantonen und Sektionen

Schwyz:

Guter Start der Gymnasialabteilung der Kantonschule Pfäffikon SZ

Kürzlich konnte der Schulrat der Kantonsschule Pfäffikon aus den gemeldeten Kandidaten nach bestandener Aufnahmeprüfung die ersten 22 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aufnehmen. Damit ist der Start dieser neuen Abteilung der KSP mit einer zahlenmäßig gut dotierten ersten Klasse sichergestellt; die Prognosen der Planer haben sich in erfreulichem Masse bestätigt.

Die Kantonsschule Pfäffikon – immer noch im Aufbau – wird damit im laufenden Schuljahr auf eine Schülerzahl von 170 kommen. Diese Schüler werden von 12 Haupt- und 17 Hilfslehrern unterrichtet.

Ein Überblick über die Aufnahmeprüfungen in die ersten Klassen aller drei Abteilungen ergibt, dass sich 106 Kandidat(inn)en den Prüfungen gestellt haben, wovon 24 nicht bestanden; von den Anmeldungen entfielen auf die Handelsabteilung 50, auf die Seminarabteilung 30 und auf die (jüngste) Gymnasialabteilung 26. Dazu kamen einzelne prüfungsfreie Übertritte aus anderen Mittelschulen.

Ende Juni findet noch eine Nachzüglerprüfung für das Gymnasium statt (Anmeldefrist: Ende Mai). Bekanntlich findet der Übertritt ans C-Gymnasium nach Absolvierung der zweiten Sekundarklasse statt; man muss sich also grundsätzlich nicht schon im ersten Sekundarschuljahr für oder gegen das Gymnasialstudium entscheiden. Ka

Aargau:

Streit um Ortszulagen geht weiter

Die Aargauische Gemeindeammänner-Vereinigung empfiehlt, die Lehrer-Ortszulagen ganz abzuschaffen. Die Vereinigung hat diese Empfehlung mit einer Konsultativabstimmung unterstrichen: 67 Gemeindeoberhäupter sprachen sich dabei gegen und nur 16 für die Beibehaltung der seit langem umstrittenen Zulagen aus.

Begonnen hatte die Auseinandersetzung um die maximal 1500 Franken im Jahr betragenden Zulagen im vergangenen Jahr, als sich ein «Lehrerüberfluss» bemerkbar machte. Verschiedene Gemeinden sahen daraufhin in der Streichung dieser Zulagen eine Sparmöglichkeit. Der Bremgarter Gemeindeammänner-Verband hatte schon vor Monaten eine ähnliche Empfehlung an seine Mitglieder herausgegeben, wie sie nun auch von der kantonalen Vereinigung formuliert worden ist. Verschiedene Gemeinden haben denn auch in der Tat die Zulagenstreichung oder eine Kürzung verwirklicht.